Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 2

Artikel: Sozialismus : Aufgabe der Zukunft
Autor: Gorz, André
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340226

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialismus: Aufgabe der Zukunft

Vortrag von André Gorz am Parteitag der SPS in St. Gallen 1984

I. Wege aus der Krise

Die gegenwärtige Krise erschüttert Werthaltungen, Sicherheiten und Institutionen, auf denen die industrielle Gesellschaft seit 150 Jahren aufgebaut wurde, in ihren Grundfesten. Sie stellt die Arbeitsform, die Funktionsweise des Kapitals und der Gewerkschaften und schliesslich die Grundlagen des Wirtschaftssystems überhaupt ebenso in Frage wie den Stellenwert der beruflichen Arbeit im Leben des einzelnen und die Struktur der sozialen Beziehungen.

Noch hat sich keine der traditionellen Parteien Rechenschaft darüber gegeben, welche Bedrohungen einerseits und welche Chancen anderseits diese Erschütterungen in sich bergen. Noch kann keine Partei mit langfristigen politischen Konzepten aufwarten. Dies ist auch nicht verwunderlich: Langfristige Persepektiven haben mit den Sorgen und Nöten der Gegenwart grundsätzlich wenig gemeinsam, und gerade das charakterisiert Perioden des Umbruchs und des Übergangs.

Das Fehlen langfristiger politischer Vorstellungen ist für die Linke verhängnisvoller als für die Rechte, weil da, wo die Wegweiser fehlten, die Angst die Oberhand gewinnt über die Hoffnung. Die Linke im allgemeinen, insbesondere aber die sozialistische Bewegung, wird nicht überleben, wenn sie nicht in der Lage ist, gangbare Wege in die Zukunft zu weisen. Wenn wir weder über Ursache und Bedeutung der gegenwärtigen Umwälzungen noch über die Gesellschaftsform, die sich daraus entwickeln könnte, klare politische Vorstellungen haben, überlassen wir das Feld den Konservativen, die nicht müde werden, den Leuten einzureden: «Halten wir fest an dem, was ist, denn morgen wird es noch schlimmer.»

Wenn es uns nicht gelingt, die Angst vor der Zukunft zu überwinden durch eine realistische Einschätzung der Herausforderungen, die diese Zukunft an uns stellt, und der Chancen, die sie uns bietet, überlassen wir der Rechten das Monopol der Utopie. Sie hat bereits begonnen, Nutzen daraus zu ziehen. Denn die Behauptung, die bestehende Ordnung könne aufrechterhalten werden, das, was sein wird, könne dem ähnlich sein, was war und was ist, stellt sehr wohl eine Utopie dar, wenn auch eine negative, mystifizierende. Dieser konservativen Utopie eine konstruktive entgegenzusetzen, eine Utopie der Wegweisung, der Ideen, aber auch eine Utopie der Wachsamkeit für die nächsten 15 bis 20 Jahre, das ist unsere Aufgabe.

Wir erleben gegenwärtig die grösste technologische Revolution seit zwei Jahrhunderten und gleichzeitig einen noch nie dagewesenen kulturellen Umwandlungsprozess. Die technologische Revolution wird zu einer ebenso gewaltigen Erschütterung aller Strukturen führen wie die Erfindung der Maschine ausgangs des 18. Jahrhunderts. Mit einem grundlegenden Unterschied: Die industrielle Revolution hat zum Aufschwung des industriellen Kapitalismus, zur allgemeinen Einführung der Lohnarbeit und zur marktwirtschaftlichen Produktion geführt, während die mikroelektronische Revolution die Lohnarbeit ganzer Sektoren zum grössten Teil aufheben und die Funktionsgesetze des Kapitalismus ausser Kraft setzen wird.

Die kapitalistische Sackgasse

Zunächst muss betont werden, dass diese technologische Revolution nicht aufgehalten werden kann und dass es sinnlos wäre, sie verhindern zu wollen. *Die Informatik und der Siegeszug des Computers sind nämlich nicht die Ursache der gegenwärtigen Krise, sondern die Mittel, mit denen die industrialisierten Wirtschaften die Krise zu überwinden versuchen:* Zu Beginn der 70er Jahre wurde es unmöglich, im selben Stil weiterzuproduzieren wie bisher. 25 Jahre wirtschaftlichen Wachstums hatten in eine Sackgasse geführt. Ich möchte dabei auf zwei Phänomene hinweisen, die besonders kennzeichnend sind für die damalige Situation: Einmal herrschte ein ungeheurer Mangel an Arbeitskräften. Ein bedeutender Teil der Arbeiter musste aus dem Ausland oder gar aus andern Kontinenten hergeholt werden, während Organisations-, Verwaltungs- und Betriebsleitungsaufgaben einen immer grösseren Teil der Arbeit ausmachten - viel mehr als die eigentliche Produktion von Gütern. Alle Massnahmen, die getroffen wurden, um dem Mangel an Arbeitskräften mittels technischer Innovationen zu begegnen, waren zum Scheitern verurteilt.

Damit wären wir beim zweiten Phänomen, das die Sackgasse kennzeichnete. Zehn Jahre lang wuchs das nötige Investitionskapital pro Arbeitsplatz schneller als die Arbeitsproduktivität. Mit andern Worten: Man brauchte pro Produktionseinheit immer mehr Kapital, und dieses Kapital warf immer weniger Rendite ab. Die Krise konnte durch allerhand Kunstgriffe, vor allem mittels Überschuldung, hinausgeschoben werden, aber nicht auf unabsehbare Zeit. Umfassendere technologische Innovationen, also eine eigentliche technologische Revolution, wurden unumgänglich, wenn man aus der Rentabilitätskrise des Kapitals und aus der Produktivitätskrise der Arbeit einen Ausweg finden wollte. Die Antwort auf die doppelte Krise ist die mikroelektronische Revolution. Deshalb habe ich betont, es habe keinen Sinn, diese Revolution aufhalten zu wollen. Es hat keinen Sinn, weil an ein Weiterkommen in den ausgefahrenen Geleisen nicht mehr zu denken war.

Arbeitsplätzeverlust

Die Richtung, die wir eingeschlagen haben, führt zu derart umfassenden Umwälzungen, dass das sozio-ökonomische System tiefgreifenden Änderungen unterworfen wird. Nur diese Änderungen können die völlige Auflösung der bisherigen Ordnung verhindern. Wir sind tatsächlich auf dem Weg zu einer umfassenden Aufhebung der manuellen und der intellektuellen Arbeit. Die Automatisierung und die Informatik stecken sowohl in der Industrie als auch im tertiären Sektor erst in den Kinderschuhen, und wir spüren ihre Auswirkungen erst schwach. Aber diese Auswirkungen sind absehbar: Wir wissen zum Beispiel, dass die Produktivitätssteigerung in der Automobilindustrie jährlich 7–8% beträgt; im Bankensektor Frankreichs beläuft sie sich auf 5,6% und wird in den nächsten Jahren den jetztigen Bestand an Arbeitskräften um 1/4 bis 1/3 reduzieren. Im kaufmännischen Sektor werden mit der Einführung des elektronischen Lohnauszahlungssystems 1/3 der bestehenden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Die jüngste Studie der IG-Metall zu diesem Thema rechnet mit 3 bis 3,5 Millionen Arbeitsplätzen, die in der BRD bis Ende 1990 durch die Automatisierung bedroht werden – also 15% aller Arbeitsplätze. 80% der bedrohten Arbeitsstellen liegen im tertiären Sektor.

In der Industrie, die ihre Arbeitsplatzbestände schon sehr verdichtet hat, wird der Stellenabbau während der nächsten 5 Jahre noch relativ langsam vor sich gehen, aber das ist nur vorübergehend: Gegenwärtig erhält die Automatisierung und die Einführung der Computer selbst noch Arbeitsstellen aufrecht. Aber wir wissen, dass dieser Zustand nicht von Dauer ist: Bereits hat die erste Fabrik ohne – oder zumindest fast ohne – Arbeiter ihre Tore geöffnet. Roboter konstruieren dort Roboter.
Kein Land kann es sich leisten, dieser Entwicklung den Rücken zu kehren. Das bedeutet aber auch, dass kein Land langfristig irgendein Monopol oder einen genügend grossen technischen Vorsprung erreichen kann, um mittels Export die alten Normen der Vollzeitbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

Die alte Frage von Marx

Die sozialdemokratische und die Arbeiterbewegung würde sich also das eigene Grab schaufeln, falls sie sich der Automatisierung zu widersetzen versuchte. Ihr Widerstand wird gebrochen werden – wie in Grossbritannien, wo die Gewerkschaften, trotz der oft bewundernswerten Kämpfe einer der unbeugsamsten Arbeiterklassen der Welt, in 10 Jahren 2 Millionen Mitglieder verloren haben. Statt sich in aufreibenden Defensivkämpfen selbst zu zermürben, täten die Sozialisten gut daran, dieselben Fragen an diese 3. industrielle Revolution zu stellen, die Marx an die erste gestellt hat:

- Ist der Kapitalismus fähig, die Dynamik der Entwicklung, die er ins Rollen gebracht hat, zu steuern; oder führt die Aufhebung menschlicher Arbeit zu Problemen, die der Kapitalismus nach seiner eigenen Logik nicht lösen kann?
- Bieten diese Probleme und Widersprüche der sozialistischen Bewegung nicht gerade die Chance, sich den Prozess anzueignen und in eine andere Richtung, in die Richtung unserer Ziele, zu lenken?

Diese Möglichkeit besteht natürlich, vorausgesetzt, dass wir stark genug werden, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an eine Überlegung von Marx erinnern, die auch heute noch nichts von ihrer Gültigkeit verloren hat und nicht zu widerlegen ist: Wenn die Automatisierung die notwendige Arbeitsmenge bei gleichzeitiger Steigerung der Menge produzierter Güter massiv verringert, wird das Gesetz des Mehrwerts ausser Kraft gesetzt. Das bedeutet im allgemeinen, dass Preise und Löhne nicht mehr abhängig sind von der geleisteten Arbeitsmenge – mit dem Risiko einer vollständigen Blockierung des ganzen wirtschaftlichen Systems. Stellen Sie sich vor, die Produktivitätssteigerung sei in den nächsten 15 bis 20 Jahren tatsächlich um 1,5% pro Jahr höher als das wirtschaftliche Wachstum. In diesem Fall wird man bis Ende des Jahrhunderts 30% der Arbeit wegrationalisiert haben. Es ist fast sicher, dass es noch mehr als 30% sein

werden. Wird man die Gesamtsumme des an die Bevölkerung verteilten Lohnes um 30% kürzen? Jedermann weiss, dass dies glatter Selbstmord wäre. Wenn die Leute allein deshalb weniger verdienen, weil die Roboter immer mehr Sachen selbst herstellen können - wem will man denn all diese von Automaten produzierten Güter verkaufen, wer wird sie kaufen können?

Diese Frage stellte Walter Reuter bereits vor 30 Jahren im Namen der amerikanischen Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW). Wenn wir nicht wollen, dass die Automatisierung uns in eine Spirale wirtschaftlicher Depression führt, müssen wir unbedingt verhindern, dass die Kaufkraft sinkt, wenn die Arbeitsmenge verringert wird. Das heisst: *Die Kaufkraft muss von der Arbeitsmenge unabhängig werden. Das Gesetz des Mehrwerts, das Grundgesetz, auf das sich der Kapitalismus stützt, muss ausser Kraft gesetzt werden.*

Bei genauerem Hinsehen stellen wir übrigens fest, dass sogar die Rechte diese Tatsache nicht ernsthaft bestreitet. Aber seien wir auf der Hut: Die Art, wie die Rechte mit diesen Tatsachen umgeht, können wir auf keinen Fall akzeptieren, da sie unseren Zielvorstellungen diametral entgegengesetzt ist.

Die Reaktion der Rechten

Sowohl unter den Christdemokraten Deutschlands wie in der englischen und französischen Rechten gewinnt zurzeit die Idee einer neuen Zweiteilung der Gesellschaft an Boden: Jeder Bürger hat das Anrecht auf eine Grundrente, die knapp das Existenzminimum deckt. Die Rede ist dabei von Beiträgen in der Grössenordnung von 500 Mark, 80 Pfund oder 150 Dollar. Diese Unterstützung ist an keine formellen Bedingungen gebunden, und jedermann ist sein Leben lang bezugsberechtigt. Die Verfechter dieses Modells machen kein Hehl daraus, was sie sich davon versprechen: Da die Grundrente keinen normalen Lebensstandard ermöglicht, bleibt den Leuten, die keine feste Stelle finden können, nichts anderes überig, als zu versuchen, sich mit unattraktiver, unregelmässiger und schlecht bezahlter Arbeit einen Nebenverdienst zu sichern - mit Arbeit, für die man heute kaum noch Arbeiter findet und die bei einem normalen Lohn unrentabel wäre. Die Grundrente ist also in Wirklichkeit nichts anderes als eine verdeckte Subvention an Unternehmen, die in der Marktwirtschaft nicht mehr lebensfähig sind. Vor allem aber würde sie *zur definitiven und gewissermassen institutionalisierten Bildung einer grossen Manövriermasse von Arbeitslosen und Halbarbeitslosen führen, die von der dominierenden Gesellschaft gut verdienender Spezialisten ausgeschlossen und marginalisiert würden.*

So sieht das Modell einer gespaltenen, zweigeteilten Gesellschaft aus, die die liberalen Technokraten als «duale Wirtschaftsgesellschaft» bezeichnen. Dieses Modell ist schon lange zur Wirklichkeit geworden in Japan, Südafrika und in den Ghettos nordamerikanischer Städte. Es fasst bereits in allen Ländern Westeuropas Fuss. In der Strategie der Rechten soll die Grundrente die neue Zweiteilung der Gesellschaft politisch akzeptabel und gesellschaftsfähig machen: auf der einen Seite ist da der kapitalistische Sektor, der sich durch wirtschaftliche Höchstleistungen auszeichnet und aus einer Elite höchstqualifizierter, gewerkschaftlich organisierter und gut bezahlter Angestellter besteht, auf der andern Seite die Manövriermasse der marginalisierten Subproletarier, die sich - das ist zu erwarten - zum grössten Teil aus Frauen zusammensetzt. Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass *diese Zweiteilung der Gesellschaft, die wir überall Fuss fassen sehen, die gewohnten Klassenanalysen sprengt.* Denn hier ist es eine stabile, gewerkschaftlich gut organisierte und privilegierte Arbeiterklasse selbst, die im Einvernehmen mit dem Unternehmertum qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsstellen monopolisiert und alle, für die es keine Vollzeit-Dauerstellen mehr gibt, an den Rand der Gesellschaft drängt.

Diese Entartung der Arbeiterbewegung in Standesorganisationen ist die Gefahr, die wir in aller erster Linie bekämpfen müssen. Die Zweiteilung der Gesellschaft und der Ökonomie muss verhindert werden. Dem Modell der Rechten müssen die Sozialisten ein eigenes Modell entgegensetzen, das auf jeden Fall auch ein System der Sozialrente enthalten muss, das alle Bürger vor Not und Elend schützt. Mit einem grundsätzlichen Unterschied: *die Grundrente darf nie zum sozialen Ausschluss führen. Im Gegenteil: Das Recht auf Sozialhilfe muss verbunden sein mit dem Recht auf wirtschaftlich und sozial sinnvolle Arbeit.* Dies ist nur unter den folgenden zwei Voraussetzungen möglich:

1. Wenn jedermann Arbeit finden soll, müssen alle weniger arbeiten.
2. Der Kaufkraftverlust, der sich durch die Reduzierung der Arbeitsstunden ergibt, muss durch eine Sozialrente kompensiert werden.

Ich möchte hier nicht auf die technischen Detailfragen eingehen, über die ich in der Presse der Schweiz ausführlich geschrieben habe, sondern noch einmal auf den Kernpunkt meiner These zurückkommen:

Wenn alle arbeiten können sollen, wird die Arbeitszeit in der Folge der voraussehbaren Produktivitätssteigerung gegen Ende des Jahrhunderts zwischen 20 und 30 Stunden in der Woche betragen, also zwischen 120 und 150 Tagen im Jahr. Die Lohnarbeit wird nicht mehr hauptsächlicher Lebensinhalt sein können. Unsere Vorstellung von Solidarität, sozialer Sicherheit und von der Beziehung zwischen Individuum und Staat wird dann von ganz andern Voraussetzungen ausgehen können.

II. Wohlfahrtsstaat und kooperative Selbsthilfe

Möglichst weitgehende Beseitigung der Lohnabhängigkeit, des Arbeitszwangs und der Warenbeziehungen sind seit jeher grundlegende Ziele der sozialistischen Bewegung. Auch von Marx wurde Lohnarbeit als Notwendigkeit, nicht als Selbstzweck aufgefasst. Selbst in einer Gesellschaftsordnung, schrieb er, in der die «assoziierten Produzenten» unter den «ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen» arbeiten, müsse der Produktionsprozess «immer ein Reich der Notwendigkeit bleiben». Erst jenseits desselben beginne «die menschliche Kraftentwicklung, die als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit». Darum sei die Verkürzung der Arbeitszeit «die Grundbedingung». Das zukunftsgestaltende Ziel der sozialistischen Bewegung muss es somit sein – ich zitiere die Grundwertekommission der SPD[1] –, «einen möglichst weiten Freiraum zu schaffen, in dem der von Zwängen losgelöste Mensch in freier Selbstbestimmung sein Leben in der Gemeinschaft gestaltet und eigene Kreativität entwickelt».
Dieses Ziel gewinnt gegenwärtig besondere Relevanz. Denn es entspricht sowohl dem sich vollziehenden Wertewandel als der sinnvollen Gestaltung der durch Automation freigesetzten Zeit.

Der Wertewandel drückt sich namentlich darin aus, dass für die meisten Menschen, besonders die jüngeren, Erwerbsarbeit, Karriere, materieller Erfolg nicht mehr von zentraler Bedeutung sind. Kommunikative Werte überwiegen tendenziell, selbst im Arbeitsleben, die puritanischen Leistungswerte[2]. Immer mehr Menschen, besonders die jüngeren Arbeiter, suchen Sinn und Erfüllung ihrers Lebens nicht in ihrer Erwerbsarbeit, sondern in selbstorganisierten Tätigkeiten und eigeniniziierten Projekten. Solidarische, auf Gegenseitigkeit beruhende Selbsthilfenetze werden der Abhängigkeit von und Bevormundung durch staatliche Stellen vorgezogen[3]. So schreibt die Grundwertekommission der SPD: «Drang nach gelebter Gemeinsamkeit im Alltag . . . steht hinter häufigen Protesten oder sogar Gewaltakten vieler Menschen, vor allem der jüngeren, die sich sehnen nach lebendigen sozialen Beziehungen . . . Gleichzeitig verstärkt sich das Bedürfnis, sich zunehmender Abhängigkeit von Fremdleistungen wenigstens teilweise zu entziehen[4].»

Es vollzieht sich somit eine zumindest gefühlsmässige, kulturelle Abkehr von der markt-, konsum- und geldorientierten kapitalistischen Lebensweise und Wirtschaftsordnung. Aber diese Abkehr kann sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nur schwer oder unter grossen Opfern positiv ausdrücken.

Die kapitalistische Arbeitsteilung und -spezialisierung hat es ja bewirkt, dass niemand mehr selbst erzeugt, was er/sie braucht, oder selbst verwendet oder anwenden kann, was er/sie beruflich tut. Eigenarbeit und Eigenständigkeit verkümmern. Vollzeitige tägliche Erwerbsarbeit zwingt uns dazu, öffentlichen oder privaten Dienstleistungsbetrieben Tätigkeiten zu überlassen, die zum Stoff des Lebens gehören.

So überlassen wir unsere Kinder beruflichen Erziehern oder dem Fernsehschirm; statt selbst zu musizieren, kaufen wir Kassetten; statt zu reparieren, werfen wir weg und kaufen Neues; statt bei Freunden Rat zu suchen, schreiben wir uns in eine Therapie-Gruppe ein; Sterbende überlassen wir dem Hospital, wo sie übrigens – zumindest in den Vereinigten Staaten – die Dienste beruflicher Tröster mieten können.

Arbeitszeitverkürzung als Chance

Professionalisierung, Spezialisierung und Kommerzialisierung aller Tätigkeiten machen das Leben jedes/r einzelnen und die gesellschaftlichen Beziehungen aller ärmer und enger. Eben diese Verarmung und Verkümmerung unserer menschlichen Fähigkeiten kann durch fortschreitende Arbeitszeitverkürzung behoben werden. Stehen wir nicht mehr unter ständigem Zeitdruck, kann vieles, das heute, hauptsächlich von den erwerbstätigen Frauen, als Doppelbelastung und lästige häusliche Arbeitspflicht erlebt wird, eine von Frau und Mann gemeinsam verrichtete oder geteilte Eigenarbeit werden, die auch Spass machen kann oder zu einer auf einen grösseren Umkreis ausgedehnte, sinnhhafte Tätigkeit werden kann. Z.B. spielerischer und erzieherischer Verkehr mit Kindern; organischer Gemüsebau; Gestaltung nicht nur der eigenen Wohnung, sondern auch des Stadtviertels; teilweise Selbstversorgung mit Energie, mit selbsterzeugten Lebensmitteln; Reparaturarbei-

ten; künstlerische Tätigkeiten usw. Betreuen von Kranken, Kindern und Alten; Selbsthilfegruppen, z.B. organisierte *Schaffung von Einrichtungen,* die es jedem/r ermöglichen, in seinem Wohnviertel den verschiedensten Selbstbetätigungen produktiver, künstlerischer und pädagogischer Art nachzugehen. Kurz all das, was Egon Matzner *«Selbstorganisierung gesellschaftlicher Aufgaben»*[5] *nennt, worin Werner Geissbergers «kleine Netze» mitgemeint sind.*

Immer wieder muss betont werden, dass ein derartiger Ausbau der Selbstbetätigung, eine derartige selbstorganisierte Übernahme von gesellschaftlichen Aufgaben nur im Rahmen einer Politik der starken Arbeitszeitverkürzung in Frage kommen kann. Denjenigen, die glauben, Arbeitszeitverkürzung aus wirtschaftlichen Gründen verwerfen zu können, muss entgegengehalten werden:

1. dass Arbeitszeitverkürzung die Produktivitätssteigerung begleitet und also weder zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten noch zu einer Senkung des Lebensstandards führt;

2. dass die Freisetzung von Zeit zu bedeutenden Kostensenkungen sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich führt: erlaubt sie ja einen höheren Grad von Selbstversorgung und von kooperativer, solidarischer Selbsthilfeleistung.

Der Ausbau der Eigenarbeits- und der kooperativen Selbsthilfemöglichkeiten *kann* zu einem begrenzten Abbau der staatlichen Dienst- und Hilfeleistungen führen. Aber es muss immer mit Nachdruck klargemacht werden, *dass der Ausbau der Selbsthilfekompetenzen auf keinen Fall von staatlichen Behörden im vorhinein als Ersatz für staatliche Leistungen erzwungen werden darf.* Sogenannte staatliche Hilfe zur Selbsthilfe wird oft vom Staat dazu missbraucht, seine Verantwortung auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und Sicherung auf die Familie abzuwälzen, d.h. hauptsächlich auf die Frauen. Mehr Selbsthilfe und Selbstversorgung bedeutet nur dann grössere Autonomie bei der Gestaltung des Lebens und der gesellschaftlichen Umwelt, wenn es sich dabei nicht um zwingende Lebensnotwendigkeiten handelt. *Nur insofern das Lebensnotwendige jedem/r gesamtgesellschaftlich gesichert ist, kann Eigenarbeit frei und befreiend sein,* dem Reich der Freiheit, nicht dem der Notwendigkeit, zugehören.

Was kann nun sozialpolitisch getan werden, um die erwünschte Ausweitung der Freiräume und der selbstbestimmten Tätigkeiten zu ermöglichen und einzuleiten? Eine automatische Entwicklung in diese Richtung ist nicht zu erwarten. *Spontan führt die Marktwirtschaft nie zu allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, sondern bloss zu Massenarbeitslosigkeit; nie führt sie zu grösseren Selbsthilfemöglichkeiten, sondern bloss zu höherem Warenkonsum:* Durchbrüche in die erwünschte Richtung sind dennoch möglich und können sowohl lokal als zentral durch sozialpolitische Massnahmen eingeleitet werden, namentlich auf dem Gebiet der *Politik der Zeit.*

Öffentliche Initiativen

Diese fängt sinngemäss damit an, in den öffentlichen Diensten und Verwaltungen die *Arbeitszeiteinsparungen vorauszusehen,* die durch Computerisierung erwachsen werden, und in den Tarifverträgen die dementsprechenden Arbeitszeitverkürzungen, aber auch Umschulungs- und Neueinstellungsprogramme einzuplanen. Die Durchsichtigkeit der zukünftigen technologischen Entwicklung, die öffentliche Diskussion ihrer Auswirkungen gehören zum Recht der Bürger auf Kontrolle öffentlicher Entscheidungen. Gelingt ein Durchbruch in dieser Richtung in einer Stadt oder einem Kanton, dann wird sich dieser Präzedenzfall auf andere Industrie- und Dienstleistungssektoren ausdehnen lassen.

Auch bei der *Arbeitszeitgestaltung* können öffentliche Initiativen zur Triebfeder werden. Z.B. indem die Zeiteinteilung sehr weitgehend den Beamten oder Angestellten überlassen bleibt, wie dies in Kanada oder bei Siemens praktiziert wird. Niemand mehr kümmert sich dort darum, um wieviel Uhr sie am Arbeitsplatz erscheinen oder nach Hause gehen oder ob sie am Montag weggeblieben sind.

Zwang zur Pünktlichkeit wird im Computerzeitalter immer mehr zum Ausdruck der willkürlichen Herrschaftslust der Vorgesetzten.

Weiter gehört es zu einer Politik der Zeit, Jobsharing öffentlich anzuerkennen, es u.a. Frau und Mann zu ermöglichen, sich ein und denselben Arbeitsplatz nach Belieben zu teilen und auch bei vollzeitig erwerbstätigen Eltern es nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit anzusehen, dass immer mehr die Mutter der Arbeit fernbleiben darf und muss, wenn das Kind pflegebedürftig ist.

Förderung des Jobsharing und der Teilzeitarbeit durch teilweise *Vergütung des Lohnverlustes* ist besonders geeignet, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen und den Übergang in eine Gesellschaft zu glätten, in der die normale Arbeitszeit nur noch zwanzig Wochenstunden ausmachen wird.

Finanziert werden kann der Lohnausgleich durch differenzierte Waren- oder Mehrwertsteuer auf diejenigen Güter, deren steigender Konsum gesellschaftlich nicht wünschbar ist.

Wieder frei werden

Um es mit den Worten von Fred Sinowatz zu sagen: «Die neuen Technologien, die höhere Wertschöpfung bei weniger Arbeit ermöglichen, erfordern von uns, dass wir den Menschen wirklich frei machen für die freigesetzte Zeit - frei auch von den Zwängen der Unterhaltungsindustrie und den massiven Beeinflussungen von aussen[6].»

Und frei machen für die freigesetzte Zeit bedeutet, dass wir wieder lernen, uns in das, was wir tun, einzubringen, nicht weil wir dafür bezahlt werden, sondern aus Freude, etwas zu schaffen, zu schenken, zu lernen, mit anderen nichtkommerzielle und nichthierarchische menschliche Beziehungen zu knüpfen. Diese Möglichkeit, uns als freie Menschen zu erfahren, muss aber auch durch eine Sozialpolitik und eine Industriepolitik vermittelt sein, die dafür sorgt, dass die Mikroelektronik nicht zu neuen Machtkonzentrationen verwendet wird, sondern zu dem, wofür sie einzigartig geeignet ist: nämlich zu *dezentralen statt zentralen Produktionsentscheidungen,* zu viel mehr lokaler energie-, rohstoff- und arbeitsparender Produktion. Die mikroelektronische Revolution macht kleine Betriebe effizienter als grosse; Riesenanlagen werden obsolet. Es wird demnächst möglich sein, in Gemeindewerkstätten, Wohnvierteln, entlegenen Dörfern mit höchster Effizienz vieles zu erzeugen, zu montieren, zu reparieren und somit ein hohes Ausmass an Selbstversorgung zu erreichen. Es gilt nun, allen sogenannte «*Community Centers*» zugänglich zu machen, für die man bereits in englischen und dänischen Kleinstädten Vorbilder findet: nämlich eine Art «Haus für alle», zugleich Universalwerkstatt, Volkshochschule und Freizeitzentrum, das teilweise von der Bevölkerung in freiwilliger Arbeit errichtet und ausgestaltet ist, wo es Menschen jeden Alters möglich ist, zu zimmern, zu schmieden, zu musizieren, Fahrräder oder Elektrogeräte zu reparieren, Windmühlen zu bauen, Tiere zu züchten usw.: wo sich Selbsthilfegruppen von Diabetikern oder Eltern drogensüchtiger Kinder oder ratlose, vielleicht depressive Menschen zusammenfinden können - alles wirkungsvoller als institutionelle Fürsorge und im übrigen kostenlos; wo neben Handwerk auch mit effizienten, computerisierten Maschinen alles mögliche für die lokale oder individuelle Selbstversorgung erzeugt werden kann.

Der älteste sozialistische Traum

Was hier möglich wird, ist einer der ältesten Träume der sozialistischen Bewegungen: nämlich die Lohnabhängigkeit, die kapitalistische Waren- und Herrschaftsbeziehungen ausser Kraft setzen durch ein wachsendes Ausmass an genossenschaftlicher, kommunaler und individueller Selbstversorgung. Nicht lohnabhängige Vollbeschäftigung - die in Zukunft übrigens ganz ausgeschlossen ist - war seit jeher das grundlegende Ziel der sozialistischen Bewegung, sondern das Recht, nicht für Kapitalverwertung und -akkumulation zu arbeiten, sondern für die direkte Erfüllung selbstbestimmter, selbstgefühlter Bedürfnisse und Bestreben.

Diese grundsätzliche Zielsetzung hat heute grössere Anziehungskraft denn je, und auch grössere Brisanz. Denn schärfer als je wird sie bekämpft von einer unhaltbar werdenden gesellschaftlichen Organisationsform, deren Vertreter ihre Herrschaft zu retten suchen, indem sie der Bevölkerung investitions- und Produktionsentscheidungen aufzwingen, die keinen Bedürfnissen entsprechen: Durch Zwangskonsum und Konsumzwänge hofft sich das System zu retten. Widerstand gegen diesen Trend, Ausarbeitung nichtkapitalistischer Alternativen auf allen Ebenen, auch denen der alternativen Arbeits- und Lebensformen, stimmen gänzlich überein mit den ursprünglichsten Grundimpulsen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Nie ist die Machbarkeit positiver nichtkapitalistischer Alternativen technisch greifbarer gewesen.

Keine Sachzwänge mehr, sondern allein politische Herrschaftsverhältnisse trennen uns vom Ziel einer humanen Gesellschaft, in der Lohnarbeitszwang weitgehend abgeschafft, lebenslängliche Grundversorgung und grösste Freiräume allen gesichert sind.

[1] Ehrhard Eppler (Hg.): *Grundwerte - für ein neues Godesberger Programm,* Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Rowohlt aktuell, Reinbek 1984. S. 111.

[2] Gerhard Schmidtchen, *Neue Technik, neue Arbeitsmoral,* Deutscher Industrie Verlag, Köln 1984.

[3] «Zukunft des Sozialstaates», Zwischenbericht zum Essener Parteitag 1984, zitiert in *Neue Gesellschaft* Nr. 6/1984.

[4] E. Eppler, a.a.O., S. 117.

[5] Egon Matzner, *Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise,* Rowohlt aktuell, Reinbek 1978, und *Der Wohlfahrtsstaat von morgen,* Entwurf eines zeitgemässen Musters staatlicher Interventionen, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1982.

[6] Spiegelgespräch in *Der Spiegel* Nr. 33/1984.

Weitere Literaturhinweise: Klaus Haefner, *Mensch und Computer im Jahre 2000,* Birkhäuser, Basel-Boston-Stuttgart 1984. Claus Offe, *Contradictions of the Welfare State,* Hutchinson, Londen/M.I.T. Press, Boston 1984.